

## Vertrauensbildend und effektiv

**Ein umfangreiches Konjunkturpaket ist in der aktuellen Situation geboten.  
Denn ein Blick in die Geschichte zeigt: Wer einen Euro ausgibt,  
bekommt mehr als einen Euro zurück.**

*Von Carsten-Patrick Meier*

Als am Jahreswechsel 2008/2009 nach dem Zusammenbruch des Bankhauses Lehman Brothers die Weltkonjunktur einbrach, hat die Bundesregierung zügig zwei große „Konjunkturpakete“ beschlossen. Im November 2009 schob sie ein kleineres Programm nach. Kiel Economics hat die Wirkungen dieser Maßnahmen im Jahr 2015 im Auftrag des Bundesfinanzministeriums in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) untersucht. Die gewonnenen Erkenntnisse lassen Rückschlüsse darauf zu, was von dem jetzt vereinbarten Konjunkturpaket zu erwarten ist. Dies gilt nicht zuletzt, weil das aktuelle Programm sowohl vom Umfang als auch vom Fokus viele Ähnlichkeiten zum Vorläufer aufweist – was angesichts der Kontinuität der entscheidenden Akteure nicht überrascht.

Das Volumen der 2008/2009 beschlossenen Maßnahmen lag ohne Unternehmenskredite und Bürgschaften mit 112 Milliarden Euro nominal etwas unter den 130 Milliarden, die nun geplant sind. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt war der Impuls mit 4,5 Prozent um einen drei-viertel Prozentpunkt umfangreicher als heute und wurde im Herbst 2009 noch um einen halben Prozentpunkt verstärkt. Die zur Umsetzung erforderlichen Gesetze wurden rasch verabschiedet, einige Transferleistungen konnten dadurch noch in der ersten Jahreshälfte, die übrigen vielfach von Mitte 2009 an in Kraft treten.

Wie beim derzeitigen Paket waren auch vor elf Jahren zwei Schwerpunkte erkennbar, nämlich die Anregung der unmittelbaren Ausgabebereitschaft der privaten Haushalte und ein breiter Reigen von Maßnahmen, der sich unter dem Rubrum „Stärkung der Angebotsbedingungen“ zusammenfassen lässt und in erster Linie auf erhöhte öffentliche Investitionen zielte. Die privaten Haushalte erhielten Transfers durch höhere Kindergeldleistungen, einen „Kinderbonus“ sowie eine „Abwrackprämie“ beim Erwerb eines Neu- oder Jahreswagens bis zum Jahresende 2009. Sie profitierten zudem von Steuererleichterungen und gesenkten Sozialversicherungsbeitragssätzen. Diese Maßnahmen waren konjunkturpolitisch effektiv, da sie relativ unmittelbar zu einer Erhöhung der Ausgaben führten. Dies gilt nicht zuletzt für die Prämie, die Umfragen zufolge bereits ab Januar 2009 die Bereitschaft der privaten Haushalte zur Anschaffung langlebiger Konsumgüter spürbar und anhaltend erhöhte und so zum richtigen Zeitpunkt private Ersparnisse in schätzungsweise dem doppelten Umfang ihrer budgetären Kosten mobilisierte.

Teile des alten Programms sind auch im derzeitigen Paket erkennbar, insbesondere die Familienförderung. Hauptinstrument der Konsumanregung ist aber nun die vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer – mit einem Volumen, das mit 20 Mrd. Euro etwa dem entspricht, was im Paket von 2009 für Konsumanstöße eingeplant war. Ordnungs- und verteilungspolitisch ist die heutige Lösung deutlich eleganter. Konjunkturpolitisch dürfte sie ähnlich effektiv sein und sowohl generell die private Ausgabenneigung erhöhen als auch durch das Vorziehen von Käufen langlebiger Konsumgüter abermals private Ersparnisse in nennenswertem Umfang mobilisieren.

Was die Maßnahmen zur Verbesserung der Angebotsbedingungen angeht, zeigte sich beim Programm 2008/2009 einmal mehr, dass Stabilisierungs- und Wachstumspolitik in der Praxis kaum zu verbinden sind. Die erheblichen Mittel, die damals zur Erhöhung der öffentlichen Investitionen bereitgestellt wurden, dürften vielen Kommunen gut getan haben, deren Schulen dadurch endlich neue Toiletten oder Turnhallendächer bekamen. Allerdings dauerten Entscheidung, Planung und Genehmigung der Projekte naturgemäß lange, viele wurden dadurch erst realisiert, als die Krise vorbei war, manche erst 2012. Politisch mag es einfacher sein, wachstumspolitisch sinnvolle Maßnahmen in Konjunkturpaketen zu verpacken, makroökonomisch sollten sie aufgrund ihrer geringen Stabilisierungswirkungen nicht zur Konjunkturpolitik gezählt werden. Das gilt auch für das laufende Programm, auch wenn es an dieser Stelle stärker auf private Investitionen setzt. Das mag beruhigen, wem das Programm zu umfangreich ist.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei den meisten konjunkturstabilisierenden Maßnahmen jeder ausgegebene Euro zu mehr als einem Euro zusätzlicher Einkommen führt; im Konjunkturpaket von 2009 betrug der Faktor unseren Schätzungen zufolge über alle Maßnahmen gerechnet 1,3 - 1,5. Das liegt auch daran, dass die Konjunkturpakete eine vertrauensbildende Wirkung entfalten. In unserer Analyse von 2015 konnten wir Indizien dafür finden. Denn mit den ergriffenen Maßnahmen als Basis verlief die Erholung der Geschäftserwartungen signifikant zügiger, als es das historische Muster nahegelegt hätte. Den daraus resultierenden Stabilisierungseffekt taxierten wir für 2009 allein schon auf 1,2 Prozent.

Das öffentliche Budgetdefizit stieg also absolut, sankt aber in Relation zum Bruttoinlandprodukt. Das ist nicht nur in unseren Konjunkturmodellen so, sondern Stand der Forschung. Es gilt besonders, wenn es sich bei den Maßnahmen um Steuererleichterungen oder Transfers handelt, die im konjunkturrelevanten Teil des jetzt geplanten Programms die maßgebliche Rolle spielen. Es gilt besonders in ausgeprägten Rezessionen, zu denen die derzeitige wahrscheinlich zu zählen ist. Und es gilt besonders, wenn der andere Träger der Stabilisierungspolitik, die Geldpolitik, ihren Handlungsspielraum weitgehend ausgeschöpft hat, was für die Europäische Zentralbank angesichts von Leitzinsen unter null der Fall ist. Ein klug bemessenes Konjunkturpaket ist vor diesem Hintergrund aus haushaltspolitischer Sicht geboten.

*Dr. Carsten-Patrick Meier ist Geschäftsführer und Inhaber von Kiel Economics*

*Erschienen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 8. Juni 2020*